



IGBCE Landesbezirk Nordrhein, Paul-Thomas-Str. 58, 40599 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A. 2 / AEI
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/227**

A06, A18

Landesbezirk Nordrhein
Paul-Thomas-Str. 58
40599 Düsseldorf

Tel. 0211 179376 - 0
Fax 0211 179376 - 620
lb.nordrhein@igbce.de
www.nordrhein.igbce.de

Bürozeiten
Mo.-Do. 08:00 - 16:30 Uhr
Fr. 08:00 - 14:30 Uhr
Durchw.: 0211/179376 642
Mobil: 0151 / 16365490
Oemer.Kirli@igbce.de
Düsseldorf, 18.01.2023

Stellungnahme zum Antrag „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung“ – Drucksache 18/1664

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Engstfeld,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 15. November 2022 hat die FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Antrag mit dem Titel „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung“ eingebracht.

Den Aspekt, die europäische Zusammenarbeit zu vertiefen und die Planungen im Hinblick auf eine gemeinsame Infrastruktur zu intensivieren, begrüßen wir ausdrücklich. Es ist richtig, gerade mit Blick auf geopolitische Entwicklungen, die innereuropäische Zusammenarbeit zu stärken und eine Versorgung unserer industriellen Kerne in Nordrhein-Westfalen unabhängiger von Drittstaaten zu machen. Für Nordrhein-Westfalen kann die Gas- und Energieversorgung über die Benelux-Staaten eine sinnvolle, ergänzende Möglichkeit neben dem Ausbau einer Nord-Süd-Versorgungslinie innerhalb Deutschlands darstellen. Nichtsdestotrotz müssen auch hierzulande alle Kapazitäten der Erzeugung von Erneuerbaren Energien und Wasserstoff-Elektrolyseuren gehoben und ausgebaut werden. Ein alleiniger Fokus auf Import von Energie führt aus Sicht der IGBCE zum Verlust von Wertschöpfungsketten, da auch höhere Wertschöpfungsstufen der Energieproduktion folgen könnten („green leakage“).

Der Antrag adressiert auch die herausragend wichtige Bedeutung der chemischen Industrie in den genannten Ländern. Es existieren enge und zum Teil länderübergreifende Verflechtungen zwischen den industriellen Kernen. Dementsprechend begrüßen wir eine

IGBCE.DE

IBAN: DE17250500000152065330
BIC: NOLADE2HXXX

Logo 1



stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ländern, auch mit Blick auf konkrete Industriezweige, die treibend für die Regionen sind.

Die Transformation der chemischen Industrie kann nur mit dem Knowhow der Arbeitnehmer*innen funktionieren. Die IGBCE in Deutschland und industrieALL in Europa erwarten eine enge Einbindung bei der Weiterentwicklung industriepolitischer Vorhaben. Eine gemeinsame Industriepolitik umfasst aus unserer Sicht gemeinsame Impulse zur Sicherung von Wertschöpfungsketten in Europa und eine umfassende Resilienzstrategie – vor allem für systemkritische Produkte. Sie darf allerdings nicht zur Aufweichung von Arbeitnehmer*innenrechten und der Mitbestimmung führen.

Auch mit Blick auf die europäische Chemikalienstrategie ist ein gemeinsamer Aufschlag mit den Benelux-Staaten sinnvoll. Hier müssen weitergehende Restriktionen für die chemische Industrie verhindert werden. Aus Sicht der IGBCE ist es geboten, am bewährten REACH-Verfahren festzuhalten und gerade in der aktuellen Situation mit Blick auf die Belastungen, mit denen Unternehmen konfrontiert sind, sie nicht noch zusätzlich unter Druck zu setzen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass das Ansinnen des Antrags begrüßenswert ist und der stärkeren Einbindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedarf. Wir freuen uns auf den weiteren Verlauf der Beratungen und danken für die Beteiligung im Diskussionsprozess.

Mit freundlichen Grüßen

Ömer Kirli